

Väteraufbruch für Kinder e.V.

Landesverband Baden-Württemberg

Kinder brauchen beide Eltern – auch nach Trennung oder Scheidung!



ELTERN-EXPRESS

Ausgabe vom 07.02.2021

Editorial

Liebe Mitglieder, Interessenten und Freunde,

das Wahljahr 2021 beginnt für uns mit einem Paukenschlag: Die in unserer Thematik sehr verschlafenen Medien haben endlich etwas entdeckt, was uns schon seit Jahren beschäftigt – die unsäglichen Abläufe um die PETRA-Studie.

Sowohl der SPIEGEL als auch die FAZ bringen am 05.02.2021 Artikel zur Studie, wobei die FAZ in ihren Äußerungen am weitesten greift und mehr erkannt hat, als im SPIEGEL-Artikel zu lesen ist. Das muss noch eingehender aufgegriffen werden und muss Wirkung bei den Wahlen entfalten.

In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist es schon am 14.03.2021 soweit – die Landtagswahlen finden also in 5 Wochen statt. Gut, es gibt keine Landesfamilienministerien. Wenn aber jemand antritt, um in einem Landtag für die SPD das Fähnchen hochzuhalten, dann muss diese Person das, was ihre Partei bundespolitisch zu verantworten hat, auch dem Bürger erklären können und muss dafür mit haften. Das hat mich dazu veranlasst, die 70 Kandidierenden der SPD für die Landtagswahl in BW anzuschreiben.

Diese Aktion präsentiere ich in dieser Ausgabe des EE.

Zum Start des Wahljahres präsentiert die FDP ihren 10-Punkte-Plan zur Reformierung des deutschen Familienrechts. Nach ihrem Vorstoß in Sachen Wechselmodell, der am 15.03.2018 zur Aussprache im Bundestag führte und die Machtverhältnisse im Bundestag zum Wechselmodell verdeutlichte, ist dieser neue Vorstoß nach dem Totalversagen der SPD für uns wichtig.

Zum Desaster der SPD in Sachen Familienrechtspolitik kommen gerade jetzt noch eine ganze Reihe Statistiken, die alle beschreiben, wie gigantisch der Reformbedarf tatsächlich ist. Wir stellen alle fest:

ES REICHT!

Aber schon am 14.03. sind wir in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz aufgerufen, den für das Desaster Verantwortlichen unsere Bewertung vorzulegen. GEHT ALSO WÄHLEN und wirft diejenigen aus der Verantwortung, die unsere Stimme verloren haben!

Ich wünsche viel Erkenntnisgewinn beim Lesen
und Handlungswillen dort, wo wir noch was erreichen können
in dieser Gesellschaft

INHALT

1. Editorial	1
2. Schreiben an alle Kandidierenden der SPD zur Landtagswahl in BW	3
3. 10-Punkte-Plan der FDP	7
4. PETRA-Studie	7
5. Statistiken	8
6. Seminare	9
7. Medienspiegel	10
8. PMs des VafK Bund	11
9. Neue Artikel auf meinem Blog vater.franzjoerg.de	11
10. „Sehr geehrter Herr Vater“	11



Bundesdelegiertenversammlung am 26.09.2020 in Marburg unter Corona-Bedingungen



Fachwissen-Seminar – heute so nicht mehr möglich

2. Schreiben an alle Kandidierenden der SPD zur Landtagswahl in BW

Was sich die SPD in Sachen Familienrechtspolitik in den letzten Jahren geleistet hat, muss von dieser Partei auch verantwortet werden. Und wen soll man denn wie verantwortlich machen, wenn nicht alle für diese Partei Kandidierenden bei der Wahl? Das ist doch alles, was uns überhaupt noch bleibt als effektiver Eingriff in die Politik.

Wer für die Landtagswahlen in BW kandidiert, ist hier nachzulesen:
<https://www.landtagswahl-bw.de/kandidaten-der-parteien>

Gefiltert nach der SPD ergeben sich 70 Kandidierende, von denen 14 aktuell Mitglieder des Landtags sind.

Sieben davon sind z.B. nur über Facebook zu erreichen und es gibt nirgendwo eine niederschwellig erreichbare Mailadresse. Das ist aber für Kandidierende, die gewählt werden wollen, nicht akzeptabel. Sie fallen aus.

Brancazio	Jasmina	Bodensee (67)
Kliche-Behnke	Dorothea	Tübingen (62)
Meißner	Sascha	Stuttgart I (1)
Stumpf	Torsten	Rottweil (53)
Treublut	Christine	Tuttlingen-Donaueschingen (55)
Walter	Stephan	Bretten (30)
Weschenmoser	Viviana	Freudenstadt (45)

Ein Schreibfehler in der eigenen Mailadresse ist natürlich für jemand, der gewählt werden will, nicht hilfreich:

kathrin.breitenbuecher@gmx.de

Genauso ineffektiv ist eine Adresse, die nicht erreicht werden kann:

wahlkreisbuero.nik@t-online.de

An alle anderen erhielten am 01.02.2021 von mir per Mail den folgenden Brief:

Sehr geehrte Kandidierende der SPD,

als Vertreter der von Familienrechtspolitik in unserem Land betroffenen Eltern wende ich mich heute an Sie als Kandidat/in zur Landtagswahl in Baden-Württemberg.

Wir wissen sehr wohl, dass das, was in der Fläche familienrechtspraktisch wirksam wird, nicht auf Landesebene, sondern auf Bundesebene entschieden wird, weil es in den Landtagen kein Pendant zum Familien- und Rechtsausschuss des Bundestages gibt.

Trotzdem ist für uns Eltern die Situation inzwischen so unerträglich geworden, dass wir zu Mitteln greifen müssen, die wir in den letzten Jahrzehnten nicht genutzt haben.

Im letzten Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde festgehalten, dass es im Familienrecht einen Reformstau gibt. Auf allen fachlichen Ebenen und seitens der Verbände wurde zu lange deutlich darauf hingewiesen. Die SPD-geführten Ministerien für Familie (BMFSFJ, das schon im Namen Männer zwischen 18 und 65 deutlich ausgrenzt) und Justiz brachten Initiativen in Gang (PETRA-Studie, Expertenausschüsse), die auch Ergebnisse erzielten.

Die PETRA-Studie wurde Ende April 2019 fertig abgegeben und verschwand im Tresor des BMFSFJ. Das war nicht mehr verwunderlich, nachdem schon vorher durch dieses Ministerium während dem Studienverlauf rein machtpolitisch ins Design der Studie eingegriffen wurde – am wissenschaftlichen Beirat vorbei. Allein schon damit wurde die

Wissenschaftlichkeit dieser Studie ad absurdum geführt. Dass die fertige Studie nach fast zwei Jahren immer noch nicht vorliegt, ist ein weiterer politischer Skandal. Und dass die SPD behauptet, die Studie sei gar nicht fertig und müsste von einer bekennenden Kritikerin des Wechselmodells (Frau Walper) „fertiggestellt“ werden, lässt alle Betroffenen nur noch kopfschüttelnd zurück.

Selbstverständlich wird nach solchen Demonstrationen von Machtpolitik durch eine Partei die Forderung laut, dass diese Studie aus der Parteikasse der SPD zu bezahlen sei.

Die im BJM eingerichteten Fachausschüsse zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine Familienrechtsreform haben ihre Arbeit beendet und ihre Vorschläge vorgelegt. Die SPD-Bundesjustizministerin Lambrecht erklärt aber danach, dass „die Zeit zu kurz“ sei und stoppt die Reform – nicht ohne vorher noch schnell den Vorschlag zu machen, dass „Mitmütter“ in einer lesbischen Partnerschaft, die mit dem Kind genetisch nichts zu tun haben, automatisch das Gemeinsame Sorgerecht erhalten sollen, das die SPD aber nicht ehelichen Vätern verweigert.

Auch hier wird die Forderung laut, dass alle Vorarbeit für diese gestoppte Reform aus der Parteikasse der SPD zu bezahlen sein müsse.

Und wir erinnern uns an den Satz im Grundsatzprogramm der SPD:

„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

Wir stellen fest, dass dieser Satz nicht nur geschrieben steht – er wird auch ohne jedes Fingerspitzengefühl rigoros und brutal machtpolitisch umgesetzt.

Wenn die SPD das „Patriarchale“ überwinden wollte, hätte sie wohl auch unsere Zustimmung. Pauschal das „Männliche“ überwinden zu wollen, ist aber im Kern menschenrechtswidrig. Und eben diese Menschenrechtswidrigkeit wird inzwischen von der SPD auf breiter Front in politisches Handeln umgesetzt. Würden wir propagieren, „die weibliche Gesellschaft“ überwinden zu wollen – es wäre interessant, die Reaktionen darauf zu untersuchen.

Von dieser Menschenrechtswidrigkeit im Residenzmodell sind inzwischen nicht nur Väter betroffen. Bis zu 10% Mütter erleben dieselbe Ausgrenzung bis zum erklärten und staatlich unterstützten Vernichtungswillen des jeweiligen Siegers in der residenzmodelltypischen Kürung des „besseren Elternteils“, und sie solidarisieren sich mit ausgegrenzten Vätern, Großeltern und sonstigen Verwandten. Die Anzahl der von diesem Desaster Betroffenen in BW dürfte inzwischen die Millionengrenze erreicht haben.

Nach den letzten skandalösen Vorgängen in den durch die SPD geleiteten Ministerien während der letzten Wahlperiode des Bundestages glauben wir nicht mehr an den immer wieder laut verkündeten Willen zu „Erneuerungen“. Wir handeln als Wähler und rufen unsere mit uns vernetzte Klientel auf, ihre Schwarmintelligenz zu nutzen.

Alle familienpolitischen Fehlleistungen der SPD in den letzten Jahren, die sich auf Familien nach einer Trennung beziehen, lassen für Betroffene das Fass überlaufen. Es kommt zur klaren Haltung:

ES REICHT!

Es wird kein ruhiges Ertragen mehr geben. Wir wehren uns endlich klar und mit allen demokratischen Mitteln. Wahlen sind dafür exakt die richtige Handlungsebene.

Gerade Väter, die bisher immer noch als Arbeitnehmer gewählt haben, rufen wir auf, jetzt nur noch als Väter zu wählen.

Dazu brauchen wir Ihr klares Statement.

Sie vertreten Ihre Partei bei uns.

Wir machen Sie mit verantwortlich für alles, was diese Partei entschieden hat, wofür sie sich entscheidet und wofür sie sich in Zukunft entscheiden wird – und natürlich für die Richtungsleitung einer sicher wieder laut propagierten weiteren Erneuerung.

Alle weiteren Handlungen der SPD sind auch an Ihre individuellen Überzeugungen gebunden.

In diesem Kontext haben wir einige Fragen an Sie und bitten zeitnah um Ihre Antwort:

- 1. Wie interpretieren Sie den Satz aus dem Grundsatzprogramm Ihrer Partei: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“?**
- 2. Wie stehen Sie zu den familienrechtspolitischen Entscheidungen Ihrer Partei zur lange angekündigten Familienrechtsreform?**
- 3. Wie sind Ihre persönlichen Haltungen zur Betreuung von Kindern nach einer Trennung?**
- 4. Werden Sie nach einer für Sie erfolgreichen Wahl auch bundesweit dafür eintreten, dass sie SPD in Sachen Familienrechtspolitik und Gendergerechtigkeit ihre Haltung zumindest neu überprüft und ändert?**

Ich bitte um Ihre zeitnahe Antwort an

Franzjoerg.Krieg@gmx.org

Ich kann verstehen, wenn Sie meinen, das sei nicht Ihr Thema.

Es ist aber genau das Thema, mit dem Ihre Partei am tiefsten und direktesten in die Familien und damit in die Keimzelle der Gesellschaft und in das intime Privatleben der Menschen eingreift. In diesem Kontext sind auch Sie dem Wähler gegenüber verpflichtet.

Ihre Antwort – oder Ihr Schweigen bzw. Ihre Nicht-Erreichbarkeit – wird von uns als Empfehlung weitergegeben werden.

In Besorgnis um die Schicksale von Kindern und Eltern in unserem Land

bedankt sich und grüßt

Krieg Franzjörg

Ich stehe gerne für den Dialog zur Verfügung.

Am selben Tag erhielt ich zwei Antworten.

Gesendet: Montag, 01. Februar 2021 um 18:56 Uhr
Von: "Team Hans-Peter Storz, MdL" info@hans-peter-storz.de
An: "Franzjörg Krieg" Franzjoerg.Krieg@gmx.org
Cc: "Franzjörg Krieg" krieg@vafk-karlsruhe.de
Betreff: Re: Fragen an die Kandidierenden der SPD für die Landtagswahlen am 14.03.2021

braucht meines Erachtens keine Antwort, ein Pöbler.

Diese Antwort eines Mitgliedes des Landtages hat diesen disqualifiziert. Solche Vertreter braucht niemand.

Gesendet: Montag, 01. Februar 2021 um 21:08 Uhr
Von: "KSteinhülbJoos SPD" mail@ksteinhuelbjoos-stuttgart.de
An: "Franzjörg Krieg" Franzjoerg.Krieg@gmx.org
Betreff: Re: Fragen an die Kandidierenden der SPD für die Landtagswahlen am 14.03.2021

Sehr geehrter Herr Krieg,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Ich verweise sie in dieser Frage an die Landtagskandidatin Sarah Schlösser. Ihr Schwerpunkt ist Familienpolitik. Sie kann Ihnen hier sicherlich kompetent weiterhelfen. Ihre Anfrage können Sie über die Homepage Sarah Schlösser stellen. Hier ist ein Kontaktformular eingestellt.

Viel Erfolg für Ihr Anliegen.

Viele Grüße
Katrin Steinhuelb-Joos

Dies ist zwar eine freundliche Antwort, geht aber an meinem Anliegen vorbei. Ich wollte gerade nicht den Verweis an die FachpolitikerInnen, sondern das persönliche Statement jeder für diese Partei kandidierenden Person.

Am 3. Tag nach meiner Aktion erhalte ich eine dritte Antwort:

Sehr geehrter Herr Krieg,

ich muss ehrlich gestehen, dass ich mich in der Thematik nicht im Detail auskenne. Grundsätzlich ist für mich: Familie ist da, wo Verantwortung füreinander übernommen wird. Ich schaffe es aktuell leider nicht mich in das Thema richtig einzulesen. Wir können aber gerne miteinander telefonieren?

Viele Grüße
Jan Hambach

Darauf antwortete ich sofort:

Hallo Herr Hambach,

von Ihnen kommt die 3. Antwort von 63 Anfragen.
Und sie beschimpft nicht (das hat die 1. von MdL Storz, womit er sich selbst aus der Wählbarkeit gekegelt hat) und sie leitet nicht nur einfach weiter.
Sie haben offen erklärt, dass das nicht Ihr Thema sei.
Das kann ich zunächst annehmen.
Ein Kandidat der SPD, der ein öffentliches Mandat übernimmt, muss natürlich die wichtigsten politischen Ziele seiner eigenen Partei kennen und vertreten.
Dazu gehört der Satz aus dem Grundsatzprogramm.
„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“
Das muss jeder SPD-Politiker seinen Wählern erklären können, besonders dann, wenn gerade diese Partei das über das BMFSFJ und das BJM auch macht.
Und das hätte ich gerne von Ihnen erklärt.

Auch dass diese Partei über diese beiden Ministerien die im Koalitionsvertrag vereinbarte Familienrechtsreform zwar einleitet, dann aber ein Jahr vor dem Ende der Regierungszeit stoppt.
Das ist so wichtig und greift überall direkt in die Familien so sehr ein, dass darüber jeder SPD-Politiker informiert sein muss und das seinen Wählern erklären können muss.
Auch in diesem Kontext kann nicht an ein anderes Resort verwiesen werden.

Ich schätze Ihre offene Reaktion – hätte aber schon gerne mehr „Butter bei die Fische“.

Mit freundlichem Gruß

Franzjörg Krieg

Bis heute, am 6. Tag nach der Versendung meines Briefes, kam keine weitere Antwort.

Fazit

Für Väter ist niemand der für die SPD Kandidierenden für die Landtagswahl am 14.03. in BW wählbar.

3. 10-Punkte-Plan der FDP

Am 30.01.2021 beschloss die Fraktion der FDP im Bundestag ihren 10-Punkte-Plan für ein modernes Familienrecht.

https://www.fdpbt.de/sites/default/files/2021-01/Beschluss_Familienrecht.pdf

Die meisten Punkte greifen Jahrzehnte alte Forderungen von uns auf. Kritisch sehe ich den Punkt 8 – Selbstbestimmungsrechte von Kindern stärken. Bisher haben die Anhörungsrechte von Kindern in der Summe dazu geführt, dass Kinder als Seismographen der meist mütterlichen Befindlichkeiten den status quo des mütterzentrierten Residenzmodells zementieren. Außerdem werden sie durch die Anhörung aus dem Stand eines unschuldig betroffenen Kindes in den Stand eines schuldhaft handelnden Entscheiders über das Schicksal seiner Eltern gemacht. In diesem Kontext haben die Freien Demokraten wohl noch Lernbedarf.

Die WELT widmete diesem Vorstoß der FDP am 30.01.2021 einen Artikel:

DEUTSCHLAND FDP UND DAS FAMILIENRECHT

„Einer betreut, der andere zahlt“ – Damit soll Schluss sein

Veröffentlicht am 30.01.2021 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Sabine Menkens**
Politik-Redakteurin

Sabine Menkens ist seit vielen Jahren eine der renommiertesten Schreiberinnen in Sachen Familienrecht in der deutschen Medienwelt.

4. PETRA-Studie

Das von der SPD zu verantwortende Desaster in der deutschen Familienrechtspolitik wird am derzeitigen Stand zur PETRA-Studie deutlich.

In meinem [Artikel zur Studie](#) gehe ich darauf ein.

Nach unseren immer wieder vorgebrachten Vorwürfen zu den machtpolitischen Entscheidungen des von der SPD dominierten Familienministeriums im Kontext der PETRA-Studie gibt es endlich eine Reaktion der in Sachen Familienrechtspolitik meist versagenden Medien.

Am 06.02.2021 gab es gleich zwei Artikel, sowohl in Spiegel-online als auch in der FAZ.

Der Artikel in der FAZ ist der besser recherchierte und er spart auch nicht mit Klartext:

Kampf ums Kindeswohl

Eine Studie soll klären, was nach einer Scheidung das Beste fürs Kind ist. Zahlreiche Hinweise legen nahe, dass das Familienministerium die Forschung sabotiert.

Am Ende bleibt die Frage: Ist es Zufall, dass die Studie drei Jahre länger dauert, dass das Ministerium plötzlich auf der Zustimmung beider Elternteile bestand, dass ein renommierter Wissenschaftler angeblich eine grottenschlechte Arbeit abgibt, dass der Beirat vier Jahre lang nicht mehr tagen darf? Und dass unter allen denkbaren Instituten ausgerechnet jenes nachträglich beauftragt wird, das drei Viertel seiner Mittel vom Familienministerium erhält?

Das sind die richtigen Fragen. Wir stellen sie schon lange. Dass sie aber von den Medien übernommen werden, ist neu.
Man kann diesen Artikel durchaus als Paukenschlag bezeichnen. Und es ist ein Paukenschlag auf einen Termitenhügel. Er wird Nachwirkungen haben. Ich bin gespannt, welche Leitungen am Montagmorgen heiß laufen werden.

5. Statistiken

Zum 20-jährigen Bestehen des VAfK Karlsruhe (25.10.2021) habe ich schon im letzten Jahr begonnen, meine Dokumentationen in der Fallsammlung für statistische Auswertungen zu nutzen. Für die Untersuchungen zu den Neufalljahrgängen der Jahre 2019 und 2018 entwickelte ich Fragebögen, die ich ankreuzen ließ und von Hand in Exceldateien auswertete. Diese sind auf meinem Blog veröffentlicht:

Statistik zu den Neufällen des Jahres 2019

27. September 2020

Statistik zu den Neufällen des Jahres 2018

3. Dezember 2020

Parallel dazu konnte ich Unterstützung finden, mit Hilfe derer die Fallsammlung selbst ausgewertet werden konnte. Ein erster Teil davon ist inzwischen fertiggestellt und publiziert:

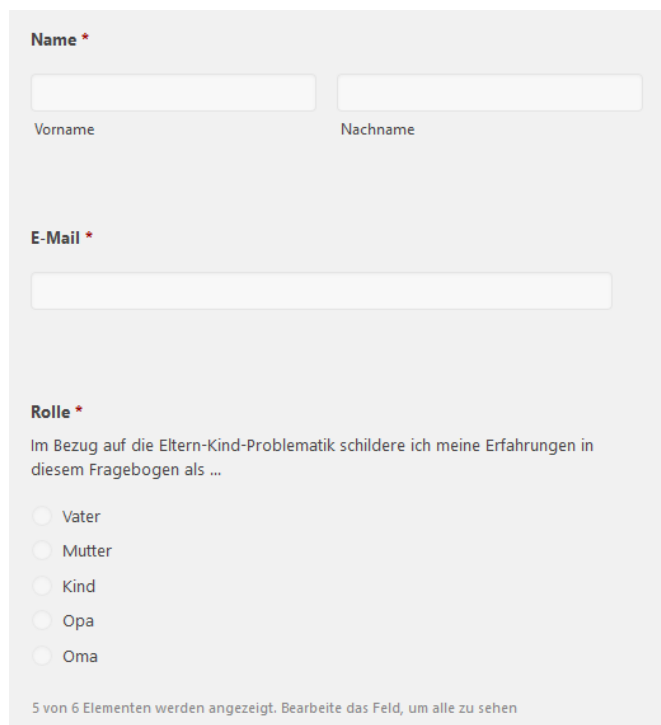
Statistik zu den Fällen ab 2010, Väter A – L

3. Januar 2021

Bei der Arbeit am Fragebogen für den inzwischen fertigen Jahrgang 2020 erhielt ich Hilfestellung durch einen IT-Spezialisten, der mich dabei unterstützt, eine große online-Befragung konzipieren zu können.

Mit Hilfe dieser online-Befragung möchte ich in die Größenordnung der Väterstudie von Amendt aus dem Jahr 2003 und 2004 vorstoßen.

Beginn des Fragebogens:



The image shows a portion of a web-based survey form. It contains three main sections:

- Name ***: Two input fields for 'Vorname' (first name) and 'Nachname' (last name).
- E-Mail ***: A single input field for an email address.
- Rolle ***: A text prompt 'Im Bezug auf die Eltern-Kind-Problematik schildere ich meine Erfahrungen in diesem Fragebogen als ...' followed by five radio button options: 'Vater', 'Mutter', 'Kind', 'Opa', and 'Oma'.

At the bottom of the form, there is a small note: '5 von 6 Elementen werden angezeigt. Bearbeite das Feld, um alle zu sehen'.

Wikimannia schreibt zur Väterstudie von Amendt:

Gerhard Amendt

Laut einer wissenschaftlichen Untersuchung, für die der Bremer Soziologe [Gerhard Amendt](#) 3600 Betroffene befragte, bedeutete für 23,7 Prozent von ihnen die Trennung von der Partnerin gleichzeitig Kontaktabbruch zum Kind. Immerhin 40 Prozent haben regelmäßigen Umgang an jedem zweiten Wochenende. Amendt fand überdies heraus, dass gut zwei Drittel der Väter nach einer Trennung [psychische](#) oder [körperliche](#) Beschwerden haben.^[51]

Am 25.11.2020 veröffentlichte Papa-Mama-auch den „**Zustandsbericht zur Lage im Familienrecht in Deutschland**“

PMA schreibt auf seiner Seite:

1.177 Menschen haben sich beteiligt, viele Fragen beantwortet, ihre Erfahrungen vielhundertfach geschildert. Ehemals entfremdete, heute erwachsene Kinder gaben einen Einblick in ihr Seelenleben. Dazu gibt es Fall-Analysen und die Einordnung von anerkannten Experten. Das Ergebnis bildet die Lage des Familienrechts in Deutschland ab, die Arbeitsverweigerung der SPD-Ministerien für Justiz und für Familie. Eines kann man vorweg sagen: Die Realität im Familienrecht in Deutschland bewegt sich weiterhin "Jenseits des Kindeswohls".

<https://www.papa-mama-auch.de/zustandsbericht-familienrecht-in-d/>

Der VAFK veröffentlichte am 04.02.2021 seine Untersuchung zum Thema „**Verfahrensdauer**“ – „[Bis das Kind zerrieben ist](#)“.

Das Ergebnis offenbart schwere Mängel bei den Familiengerichten und ein völliges Versagen der Politik. Denn die Verfahren dauern mittlerweile 3x so lange wie vor der Gesetzesreform vor 15 Jahren.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass zum Totalversagen der SPD in Sachen Familienrechtspolitik eine ganze Reihe von Untersuchungen publiziert werden, die weitere Schlaglichter auf dieses Versagen werfen.

Der Skandal um die PETRA-Studie ist geeignet, die SPD abstürzen zu lassen.

Das hat sie sich redlich verdient.

Wir sagen das schon lange voraus und empfehlen allen Vätern:

Wählt nicht mehr als Arbeitnehmer, sondern nur noch als Väter!

6. Seminare


















Meine Planung sieht derzeit vor:



Mi	17.02.2021	Gutachten-Coaching	“Abendschul”-Version ab 19 Uhr
Sa	20.02.2021	Coaching-Seminar	Tagesseminar 9 – 18 Uhr
Mi	03.03.2021	Sorgerecht für ne-Väter	“Abendschul”-Version ab 19 Uhr

Sa	13.03.2021	<u>Coaching-Seminar</u>	Tagesseminar 9 – 18 Uhr
Mi	24.03.2021	<u>Coaching für Gerichtsverhandlung</u>	“Abendschul“-Version ab 19 Uhr
Sa	17.04.2021	<u>Fachwissen-Seminar</u>	Tagesseminar 9 – 18 Uhr
Mi	28.04.2021	<u>Coaching-Seminar</u>	“Abendschul“-Version ab 19 Uhr
Sa	08.05.2021	<u>Fachwissen-Seminar</u>	Tagesseminar 9 – 18 Uhr


Ich bitte um möglichst zeitnahe Anmeldungen.
Die Anmeldungen für den 17.02. und 20.02. sollten sofort erfolgen.


7. Medienspiegel


-  210106_print_web.de_Gnade-fuer-Moerderin.docx
-  210110_print_Spiegel_Wie-das-WM-funktioniert_Knobel-Ulrich.docx
-  210111_print_Tagesschau_Kinderrechte-ins-Grundgesetz.docx
-  210115_print_SHZ_Meinem-Sohn-zuliebe.docx
-  210115_print_SHZ_Schleswiger-Nachrichten_Meinem-Sohn-zuliebe.pdf
-  210117_print_Erdmaennchen_Wenn-Vaeter-erst-beweisen-muessen.docx
-  210118_print_Rheinpfalz_JA-Pirmasens-entzieht-rechtswidrig-Kind.docx
-  210119_print_SchwaebTagblatt_Missbrauchsprozess_Kein-Verfahren-gegen-Mutter-oder-JA.pdf
-  210119_print_SchwaebTagblatt_Missbrauchsprozess-gegen-Pflegevater_JA-tatenlos.pdf
-  210121_print_SchwaebTagblatt_Missbrauchsprozess_Misstrauen-von-allen-Seiten.pdf
-  210123_print_SchwaebTagblatt_JA-hat-voellig-versagt_AUSZUG.docx
-  210124_print_heute.at_Jurist-darf-seine-Kinder-nicht-sehen.docx
-  210127_print_SchwaebTagblatt_Missbrauchsprozess_Nach-schweren-Vorwuerfen_Jugendamtsleiter-sagt-aus.pdf
-  210128_print_Welt_BMFSFJ-verweigert-Vaterurlaub.docx
-  210128_print_ZEIT_Boent_Maenner-first.docx
-  210130_print_Welt_Einer-betreut-einer-zahlt-FDP-macht-Schluss-damit.docx
-  210204_print_SZ_Wer-das-Kind-hat-hat-ein-Faustpfand_VAfK-Umfrage-Verfahrensdauer.docx
-  210206_print_FAZ_Kampf-ums-Kindeswohl.docx
-  210206_print_NRZ_Gender-bei-der-Polizei.jpg
-  210206_print_Spiegel_Aerger-um-PETRA-Studie.docx
-  210206_print_Spiegel_Das-Raetsel-um-die-Trennungskinder-Studie.pdf

-  210107_dlf_unterhalts+sorgerecht.mp3
-  210110_tv_ARD_Pendelkinder.docx

8. PMs des VAfK Bund

 210119_PM_Rueckschritte-Familienministerium.pdf

 210129_PM_Vaterschaftsurlaub.pdf

 210204_Bis-das-Kind-zerrieben-ist.docx

<https://vaeteraufbruch.de/index.php?id=nachrichten>

9. Neue Artikel auf meinem Blog vater.franzjoerg.de

[Die Rolle der Professionen beim Vorwurf des Sexuellen Missbrauchs](#)

21. Januar 2021

[Beistandspraxis](#)

26. Januar 2021

[Kinder im Spagat](#)

27. Januar 2021

[ELTERN-EXPRESS vom 30.01.2021](#)

30. Januar 2021

10. „Sehr geehrter Herr Vater“

Es gibt Fälle, in denen sich getrennte Eltern bemüht voneinander abgrenzen. Und weil sie in Verhandlungen und im schriftlichen Verfahren davor rechtsanwaltstypisches Verhalten übernehmen und meinen, dass sie dadurch „professionell“ handeln, verleitet sie dies umso mehr, die Abgrenzung vom Elternpartner durch die Anrede per „sie“ und der kindischen Ansprache mit dem Nachnamen auszudrücken. Meist kann ich dies – zumindest für den von mir begleiteten Elternteil – durch eine Erklärung abstellen.

Daneben gibt es aber die psychotische Abgrenzung, die ich bisher nur von Müttern kenne. Sie wird durch den mütterzentrierten Kindesbesitz als staatlich vorgesehenes Programm befördert. Wenn eine Mutter sich des Kindes bemächtigt, zur Begründung auch noch Gewalt oder sexuellen Missbrauch durch den Vater behauptet und danach ihre Schuldgefühle durch die sichere Zuweisung aller Verantwortung an den Vater loswerden möchte und gleichzeitig den größtmöglichen Abstand zu diesem Konkurrenten um das Kind schaffen möchte – dann haben wir das Szenario, in dem die psychotische Abgrenzung durch das „Sie“ und der Anrede per Nachnamen fast schon zwangsläufig ist.

Ich suche solche Beispiele.

Wenn in einem euch bekannten Fall ein Elternteil nach der Trennung darauf besteht, vom Elternpartner nur noch per SIE angesprochen werden zu wollen, wäre ich an einer Information dazu interessiert.

krieg@vafk-karlsruhe.de

Spendenkonto des VAfK Karlsruhe
Väteraufbruch für Kinder Karlsruhe eV
IBAN: DE72 609 0800 0006 9775 10